

Die Welt. – 20.07.2019

Von Ricarda Breyton

Philipp Fritz

Silke Mühlherr

Moskau wirft der künftigen EU-Chefin einen „Fehlstart“ vor

Москва звинувачує майбутнього боса ЄС в "фальстарті"

Перший німець на чолі ЄС: Урсула фон дер Лейен (ХДС) прощається з Берліном. Урсула фон дер Лейен хоче дотримуватися жорсткої лінії проти Росії як голова комісії ЄС. Москва реагує відповідно прохолодно. У Німеччині також передбачається обговорення змісту санкцій ЄС. Водночас фон дер Лейен підкреслив, що ЄС повинен продовжувати надавати діалог Москві. Тим часом у Німеччині дебати про можливе послаблення каральних заходів проти Росії зростають. "Санкції проти Росії можуть лише трохи змінитися, якщо зміниться ситуація на сході України", - сказав Олександр Граф Ламбсдорф, міністр закордонних справ СДП у Бундестазі, і таким чином підтримав Лейен.

<https://www.welt.de/politik/ausland/article197149349/EU-Sanktionen-Russland-wirft-von-der-Leyen-Fehlstart-vor.html?wtrid=onsite.onsitesearch>

Ursula von der Leyen will als EU-Kommissionschefin an der harten Linie gegen Russland festhalten. Moskau reagiert entsprechend kühl. Auch in Deutschland sorgt die Ankündigung für eine Debatte über den Sinn der EU-Sanktionen.

Die künftige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) hat mit ihrer Bekräftigung einer harten Linie gegen Russland und ihrem Bekenntnis zu den Sanktionen Kritik in Moskau hervorgerufen. So sehe ein „Fehlstart“ aus, urteilte der russische Außenpolitiker Konstantin Kossatschow. Die Politikerin habe offenbar „schlechte Berater“, wenn sie glaube, dass der respektvolle Umgang miteinander ein Zeichen von Schwäche sei, erklärte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Russischen Föderationsrat, dem Oberhaus des Parlaments.

Von der Leyen hatte in einem WELT-Interview erklärt, dass die EU aus einer „Position der Stärke“ heraus auf die russische Politik reagieren müsse, und in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der Strafmaßnahmen hingewiesen, die die EU infolge der unrechtmäßigen Annexion der Krim gegen Russland verhängt hatte. „Der Kreml verzeiht keine Schwäche“, sagte sie im exklusiven Gespräch. Gleichzeitig hatte von der Leyen aber betont, die EU müsse Moskau weiter den Dialog anbieten.

Unterdessen nimmt in Deutschland die Debatte über eine mögliche Lockerung der Strafmaßnahmen gegen Russland Fahrt auf. Linke-Politiker Klaus Ernst, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, hatte von der Leyens Ankündigung, die Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten, kritisiert.

„Wenn man eine Medizin verordnet und man stellt fest, dass die Wirkung dieser Medizin ausbleibt, dann muss man sich doch irgendwann überlegen, ob es vielleicht die falsche Medizin ist“, sagte Ernst und verwies damit auf den Stillstand in den Verhandlungen mit Russland sowie die negativen Folgen auch für die deutsche Wirtschaft. Zuletzt hatten sich auch Ministerpräsidenten aus Ostdeutschland, darunter Michael Kretschmer von der CDU und Manuela Schwesig von der SPD, für eine Lockerung der Strafmaßnahmen ausgesprochen.

„An den Sanktionen gegen Russland kann sich nur etwas ändern, wenn sich die Lage in der Ostukraine verändert“, erklärte hingegen Alexander Graf Lambsdorff, FDP-Außenpolitiker im Bundestag, und stellte sich damit hinter von der Leyen. Lambsdorff betonte im Gespräch mit WELT:

„Eine Lockerung der Strafmaßnahmen kommt nur infrage, wenn in der Ostukraine nicht mehr geschossen und gestorben wird und wenn es belastbare Schritte hin zu einer friedlichen Lösung des Konflikts in der Ukraine gibt.“

„Beispiellose Verletzung der europäischen Friedensordnung“

Dieser Haltung schloss sich auch Manuel Sarrazin an, der für die Grünen im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages sitzt. „Die Politik des Kreml ist eine schwerwiegende und nach dem Zweiten Weltkrieg beispiellose Verletzung der europäischen Friedensordnung, der Einhaltung geboten werden muss“, sagte Sarrazin.

Deshalb sei es richtig, dass die EU mit Sanktionen, also zivilen Mitteln, versuche, Russland zu einem Einlenken zu bewegen. „Die Sanktionen können erst dann aufgehoben werden, wenn die Gründe wegfallen, derentwegen sie verhängt wurden, also nach der vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und der Rückgabe der Krim“, ergänzte der Grünen-Politiker.

Zustimmung für von der Leyens Ansatz im Umgang mit Russland – Sanktionen und Dialog – kam auch aus der SPD. Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, sagte: „Sie sind Teil einer gemeinsamen europäischen Strategie, um wieder Veränderungen im zwischenstaatlichen Verhältnis herbeizuführen.“ Die Frage der Aufgabe von Sanktionen sei immer gekoppelt an die Umsetzung des Minsker Abkommens.

„Hier gibt es seitens Russlands noch viel zu tun“, mahnte Roth im Gespräch mit WELT. Ausdrücklich lobte der SPD-Politiker dabei Formate wie den Petersburger Dialog, der am Freitag endete. Der Konflikt in der Ostukraine war ein zentrales Thema auf dem russisch-deutschen Gesprächsforum, an dem neben Politikern auch Akteure aus der Zivilgesellschaft teilnahmen.